Ausbildung und Studium

Hans Gollwitzer wurde am 13. Januar 1896 in Erding als Sohn des Stadtschreibers Johann Gollwitzer geboren. [...] Als Kriegsfreiwilliger kämpfte er nach dem Notabitur 1914 bei der Infanterie vier Jahre an der Westfront. Dort wurde er zweimal verwundet und erhielt verschiedene Tapferkeitsauszeichnungen. Nach Kriegsende gehörte er dem Freikorps Epp an und war im April 1919 mit mehr als 350 Erlanger Studenten an der brutalen Niederschlagung der Münchner Räterepublik beteiligt, ebenso ein Jahr später im Zuge des Kapp-Putsches bei einem Aufstand bewaffneter Matrosen in Nürnberg. Später diente er als Zeitfreiwilliger bei der Reichswehr. 1922 schloss er sich dem Bund Oberland an, einem paramilitärischen Verband und einer Nachfolgeorganisation des Freikorps Oberland. Ebenso war er Mitglied im Deutsch-Völkischen Offiziersbund, im Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund, einer antisemitischen Massenorganisation und einer der geistigen Wegbereiter des Nationalsozialismus, und im Völkischen Block in Bayern. Bei diesem Wahlbündnis aus "völkischen", antisemitischen, antirepublikanischen Gruppen und überzeugten NS-Anhängern, war er als 2. Vorsitzender tätig. Von 1919-1921 studierte Hans Gollwitzer evangelische Theologie an der Universität Erlangen, wo er bereits seit 1915 immatrikuliert war. Die Universität war nach 1918 völkisch, teilweise schon nationalsozialistisch ausgerichtet und offen für antisemitisches Gedankengut. 1929 hatte der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund (NSDStB) im Allgemeinen Studentenausschuss (ASTA) nach der Wahl am 20. November die absolute Mehrheit erstmals an einer deutschen Universität errungen. Sein Studium in Erlangen beschrieb Gollwitzer in seiner Klageerwiderung im Entnazifizierungsverfahren als ein "Hungerleben", welches er "durch Stundengeben und Stipendien, sowie durch Aushilfsarbeiten" bestritt. Nur durch die Unterstützung von "guten Menschen" wäre die Finanzierung seines Studiums möglich gewesen. Gollwitzer führt weiter aus, dass die im Studium erfahrene Hilfsbereitschaft ihn so geprägt hätte, dass der Sinn und die Aufgabe seines Lebens für ihn darin bestünde, "anderen Menschen zu helfen" und deshalb "der Beruf des Geistlichen ihm dazu am meisten Gelegenheit geben würde. [...]

Gollwitzer als evangelischer Pfarrer in Mühldorf

Nach Abschluss des Studiums 1921 und kurzen Aufenthalten als Pfarrverweser in Zirndorf und Privatvikar in Brunnenreuth und Ostheim, berief die evangelische Landeskirche Gollwitzer am 19. Juni 1922 auf das neue errichtete Vikariat Mühldorf und am 22.11.1931 als Pfarrer auf die neue geschaffene Pfarrei Mühldorf. Gollwitzer hatte sich in Mühldorf stark für einen eigenen Kirchenbau engagiert und mit strukturellen Veränderungen Tatsachen geschaffen, die den Landeskirchenrat zwangen, der Erhebung Mühldorfs zur eigenen Pfarrei zuzustimmen. 1929 wurde Gollwitzer mit der Nummer 153028 Mitglied der NSDAP und war damit Gründungsmitglied der NS-Ortsgruppe Mühldorf. Die Klageschrift der Lagerspruchkammer Dachau bezeichnete ihn als "geistiges Oberhaupt der Mühldorfer Nationalsozialisten" [...] Seinen Einritt in die Partei begründete Gollwitzer in seiner Klageerwiderung im Spruchkammerverfahren von 1948 damit, dass er als Mitglied des Ortsfürsorgeausschusses in Mühldorf die Not der Menschen in der Stadt kennengelernt hätte, und er wäre daher zur Überzeugung gekommen, dass die NSDAP im Gegensatz zu den Parteien der Weimarer Republik "eine grosse, allesumfassende Volksbewegung" war, "die bereit war, wirklich ernst zu machen mit der Lösung der sozialen Frage". Sein Beruf als Pfarrer dagegen hätte ihm keine Möglichkeit gegeben, soziale Probleme wirklich zu lösen und den Menschen zu helfen, da [...] "von hundert Menschen, die sich an mich wandten, wollten 90 nicht einen religiösen Trost, sondern Geld, 9 einen guten Rat und nur einer hatte daneben vielleicht noch irgend eine religiöse Frage." Am 11.10.1934 wurde Gollwitzer als Mitglied der Deutschen Christenbewegung zum kommissarischen Bischof Altbayerns und zum kommissarischen Kreisdekan Münchens ernannt, nachdem der bayerische Landesbischof Hans Meiser auf Veranlassung der Reichsregierung verhaftet und abgesetzt worden war. Zwei Tage später, am 13.10.1934, verlieh ihm der Mühldorfer Stadtrat nach einem einstimmigen Stadtratsbeschluss die Ehrenbürgerwürde die dieser bis März 1946 innehaben sollte. Nach der Rehabilitierung Hans Meisers wurde Hans Gollwitzer am 26.10.1934 schon wieder seines Amtes als kommissarischer Bischof für Altbayern enthoben, und aufgefordert seinen Posten im Landeskirchenamt in München zu räumen. Nach einem Dienststrafverfahren wegen Gehorsamsverweigerung wurde Hans Gollwitzer aus seiner Stellung als Pfarrer am 28.6.1935 entlassen. Er war aber bis Februar 1937 weiterhin als Pfarrer tätig, da er einen starken Rückhalt in der Kirchengemeinde Mühldorf hatte.

Bürgermeister von Mühldorf 1937-1945

Auf Vorschlag seines Freundes und Kreisleiters Fritz Schwägerl berief die Stadt Hans Gollwitzer am 5. März 1937 zum ehrenamtlichen Bürgermeister. Knapp ein Jahr später, am 20. April 1938, wurde Gollwitzer unter Berufung in das Beamtenverhältnis zum hauptamtlichen Bürgermeister ernannt. Auch diesmal war es wieder Kreisleiter Schwägerl, der die Ernennung Gollwitzers durchsetzte und sie damit begründete, dass die positive Entwicklung und das Wachstum der Stadt eine hauptamtliche Leitung erfordern. Gollwitzers Tätigkeit als Bürgermeister wurde durch verschiedene Fronteinsätze unterbrochen (26.8.1939–25.8.1940 Einsatz im Frankreichfeldzug, 3.2.1941–3.5.1943 Russlandfeldzug). Am 15.12.1943 wurde Gollwitzer als Major der Reserve nach Intervention des Regierungspräsidenten von München vom Kriegsdienst freigestelltund blieb bis zur seiner Absetzung am 4.5.1945 durch die amerikanische Militärverwaltung im Dienst. Ab den 23.5.1945 war er im Lager Moosburg, später in Dachau inhaftiert. Von dort wurde er am 16.7.1948 aus der Haft entlassen.

[...]

Als Bürgermeister war es Gollwitzer ein Anliegen sein Amt gesetzestreu, korrekt, pflichtbewusst, aber vor allem im Sinn der NS-Ideologie und der NS-Volksgemeinschaft auszuüben, wie er bei seinem Amtsantritt am 5.3.1937 vor den Mitarbeitern des Rathauses betonte. "Bürgermeister Gollwitzer legte in einer kurzen Ansprache dar, dass er die Verwaltung der Stadt in ausgesprochenen nationalsozialistischem Geist zu führen gedenkt und die Mitarbeit aller im Dienste der Stadt Stehenden erbittet". Einen Tag zuvor hatte er in Anwesenheit des Kreisleiters und politischer Verbände bei der feierlichen und offiziellen Übergabe der Amtsgeschäfte in seiner Antrittsrede den Mühldorferinnen und Mühldorfern versprochen den sozialen Wohnungsbau in Mühldorf zu fördern, Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit zu ergreifen, Menschen zu helfen, die durch Inflation, Krankheit, Krieg, Erwerbslosigkeit in Not geraten waren und Kinder, Jugendliche und "erbgesunde" Familien zu unterstützen. In seine Amtszeit fiel die Errichtung von Eigenheimen für 42 Familien in der Franz-Xaver-Rambold-Straße (frühere Horst-Wessel-Siedlung).

In seinem Spruchkammerverfahren reklamierte Gollwitzer für sich, dass er Gegnern des Nationalsozialismus auf Grund seiner menschenfreundlichen und sozialen Einstellung geholfen hätte. Sein Verhalten konnte er mit eidesstattlichen Aussagen belegen. Einträge in den Tagesberichten dokumentieren aber, dass Gollwitzer keine Veranlassung sah, Verfolgten des NS-Regimes zu helfen.

[...]

Des Weiteren behauptete Gollwitzer in seinem Spruchkammerverfahren, dass er "offenkundige Gegner wegen ihrer Gesinnung zu benachteiligen oder zu verfolgen" immer abgelehnt habe. Diese Aussage stimmt mit den vorliegenden Quellen jedoch nicht überein. Mühldorfer Bürgerinnen und Bürger hatten, wenn sie sich gegen die von den Nationalsozialisten propagierte Volksgemeinschaft stellten, Repressalien zu erleiden, für die Gollwitzer als Bürgermeister verantwortlich war.

[...]

Die Verfolgung von politischen Gegnern war für Gollwitzer oberstes Gebot und wird durch seinen Eintrag im Tagesbericht vom 11.5.1943 belegt. "Der Bürgermeister nimmt an einer Besprechung auf der Kreisleitung teil, in der eine Reihe von politischen Fragen mit einem Vertreter der Geheimen Staatspolizei behandelt werden. Er vertritt dabei den Standpunkt, dass ständige Erziehung unseres Volkes und rücksichtslose Bekämpfung aller Quertreiber Hand in Hand gehen."

Gollwitzer betonte dagegen in seiner Verteidigungsschrift, dass er sich nicht gescheut hätte, sich kraft seines Amtes "schützend vor jene zu stellen, die in ein KZ kommen sollten". Sein Verwaltungshandeln zeigt aber, dass er rücksichtslos gegen diejenigen Menschen vorging, die nach seiner Auffassung ein unsoziales Verhaltenaufwiesen und dadurch die Volksgemeinschaft schädigten. Er scheute sich nicht, bei den vorgesetzten Behörden für diese Personen eine Einweisung in ein Konzentrationslager zu veranlassen.

[...]

Gollwitzer war nicht nur bekennender Antisemit, benachteiligte und grenzte jüdische Mitbürger aus, sondern er befürwortete in einer öffentlichen Rede vom 22. August 1942 in Mühldorf, indirekt die Verbrechen der Wehrmacht an der jüdischen Bevölkerung in Russland. "Bis 1933 sah unser Volk niemals den Juden in seiner ganzen wahren Gestalt, es beschönigte und verzieh. Mit Beginn dieses Krieges wurde aber der Unterschied deutlich, diesmal war von Anfang an der Vorhang offen. Unser Volk weiß, daß auch jetzt wieder die gleichen Mächte tätig und am Werk sind wie 1914, nämlich die Juden. Gleichgültig ist für uns, wer die einzelne Person ist, den Juden, mag er sein, wo immer er will auf der Welt. Und nirgends könnten gerade unsere Soldaten, unsere Volksgenossen, die im Grunde immer noch loyal und entgegenkommend waren, gründlicher ihre Meinung über diesen Auswurf, den Bodensatz aller Menschen berichtigen, als dort in dem weiten endlosen "Sowjetparadies". "Wie oft haben unsere Volksgenossen hier in der Heimat gesagt" so rief Pg. Gollwitzer, "der Stürmer, der übertreibt. Juden sind schließlich auch Menschen". Das, was wir dort in Russland sahen, war unwahrscheinlich, waren Teufelsfratzen. Und nicht genug können wir unserem Führer, unserer Wehrmacht danken, dass sie verhinderte, dass dieser Rassenmischmasch nicht auf unsere Frauen und Kinder, auf unser Volk losgelassen werden könnten. Unser Kampf geht nicht um Besitz, dieser Kampf nach dem Diktat der Geschichte ist das Ringen des arischen Menschen, der zum Licht schaut, das Rechte tun will und seine Zukunft bauen möchte, gegen den Feind alles Lebens schlechthin, gegen die Grausamkeit und Schlechtigkeit, die wir, hätten wir sie nicht mit eigenen Augen gesehen, selbst nicht glauben würden...."

Trotz dieses öffentlich bekundeten Antisemitismus von Gollwitzer, sah sich Anni Frey, ehemals verheiratete Liebenstein, moralisch verpflichtet, durch eine eidesstattliche Erklärung auszusagen, dass Gollwitzer sie als "Judenfrau" unterstützt und ihr finanziell geholfen hätte, als sie durch den Wegzug ihres jüdischen Mannes Emil Liebenstein ihre Wohnung verloren hatte und auf öffentliche Unterstützung angewiesen war. Emil Liebenstein war bis Anfang 1938 Viehhändler in Mühldorf gewesen, musste aber sein Geschäft aufgeben, da ihm seine Handelserlaubnis und somit seine Existenzgrundlage entzogen wurde. Bürgermeister Gollwitzer bemerkte hierzu in seinem Tagesbericht vom 23.2.1938 "Fräulein Liebenstein, Innere Neumarkterstrasse, bittet um Rat, nachdem ihrem Vater, dem Juden Liebenstein wegen Unzuverlässigkeit die Handelserlaubnis entzogen wurde. Der Bürgermeister rät, dass sich Herr Liebenstein beim Arbeitsamt für Arbeit vormerken lassen soll." Auf Druck der Partei wurde die Ehe mit seiner Frau Anni Liebenstein im September 1938 rechtskräftig geschieden. Emil Liebenstein gelang es im April 1939 nach New

York auszuwandern. Durch die Einträge in den Tagesberichten ist dokumentiert, dass Gollwitzer Anni Liebenstein, spätere verheirate Frey, beim Wohnungsumzug unterstützte und ihr auch finanziell half. Für ihren Mann Emil Liebenstein aber lehnte er diese ab.

Diese von Gollwitzer gewährte Unterstützung gegenüber Anni Liebenstein steht konträr zum Fall des 10-jährigen Klaus Rosenthal. Klaus Rosenthal war der Neffe von Wolfgang Baur. Sein Onkel hatte ihn auf Bitten seiner jüdischen Schwägerin Sophia Rosenthal in Mühldorf aufgenommen, um ihn vor den zunehmenden Luftangriffen in Westdeutschland und der nationalsozialistischen Verfolgung zu schützen. Dies gelang nur wenige Wochen, denn Klaus Rosenthal starb Anfang September 1943 bei einem Luftangriff. Wolfgang Baur gab Gollwitzer eine Mitschuld an dem Tod des Jungen belegt durch einen Brief mit einem Brief an die Militärregierung in Mühldorf, der in das Entnazifizierungsverfahren gegen Gollwitzer aufgenommen wurde. Baur schilderte darin Gollwitzer habe darauf bestanden, dass der Junge, als Baur ihn am 1.9.1943 in der Grundschule Mühldorf anmelden wollte, innerhalb der nächsten vierundzwanzig Stunden nach Essen zurückreisen müsse. Gollwitzer sei mit dem Rektor der Schule persönlich am Bahnhof erschienen, um die Abreise des 10-jährigen Jungen zu überwachen. Sein Onkel Wolfgang Baur, verheiratet mit einer jüdischen Frau, durfte ihn nicht begleiten, da ihm verboten war sich weiter als 80 Kilometer von seinem Wohnort zu entfernen. So konnte er den Jungen lediglich bis München begleiten und in einen Schnellzug nach Essen setzen, welcher dann unterwegs in einen Luftangriff geriet.

Gollwitzer entgegnete in seiner Erwiderung, dass er den Jungen habe zurückschicken müssen, da Mühldorf Aufnahmegebiet für Flüchtlinge aus dem Gau Westfalen-Nord gewesen war, Klaus Rosenthal aber aus Essen war und demzufolge keinen Überweisungsschein für das Aufnahmegebiet Oberbayern-Mühldorf hatte. Er, Gollwitzer, habe daher nicht anders handeln können, so dass nicht er, sondern Wolfgang Baur Mitschuld an dem Tod des Jungen trage, da er diesen polizeilich nicht in Mühldorf angemeldet und bewusst geltende rechtliche Regelungen missachtet habe. Gollwitzer ignorierte aber seine menschliche und moralische Pflicht, dem Jungen zu helfen und ihm den Aufenthalt in Mühldorf zu gewähren, zumal seine Mutter Sophie Rosenthal in Essen ausgebombt und als jüdische Bürgerin rechtlos war.

Sein Verhalten gegenüber ausländischen Zivilarbeitern und Kriegsgefangenen ist ebenfalls kritisch zu bewerten. Als Beleg dafür kann der Tagesbericht vom 16.1.1945 dienen als Gollwitzer bei einer Besprechung mit dem Kreisleiter forderte drakonische Strafen gegenüber

Zwangs- und Fremdarbeitern sowie Kriegsgefangenen durch ein Sondergericht zu erwirken. "Der Bürgermeister hat auf der Kreisleitung eine Besprechung wegen einer größeren Anzahl von Diebstählen, die von Ausländern bei der hiesigen Reichsbahn verübt wurden. Es handelt sich um Tschechen und Franzosen. Der Kreisleiter wird beim Gauleiter deswegen vorsprechen. Es soll das Sondergericht in Mühldorf selbst tagen, damit endlich einmal an Ort und Stelle diesem Ausländergesindel der entsprechende Ernst gezeigt wird." In der Folge tagte auf Intervention des Kreisleiters am 31.1.1945 und 1.2.1945 das Sondergericht in Mühldorf und verhängte gegenüber den Angeklagten Haft- und Todesstrafen. Gollwitzer war es gewesen, der dem Sondergericht Anzeigen und Vorermittlungen vorgelegt hatte. Auch eine menschenfreundliche Einstellung gegenüber "Ausländern"-, der Kassationshof hatte in Widerspruchsverfahren in seiner Urteilsbegründung darauf hingewiesen-, ist Gollwitzer nicht zu attestieren. "Ausländer" hatten nach Gollwitzers Anweisung keinen Zutritt zum städtischen Freibad, Polen und Ostarbeiter durften das städtische Wannen- und Brausebad nicht aufsuchen und Kinder von Ostarbeiterinnen mussten ihre neugeborenen Kinder in der Kinderpflegestätte Burgkirchen abgeben. Dort starben im Zeitraum vom Juli 1944 bis Mai 1945 160 Kinder an den katastrophalen, hygienischen und medizinischen Verhältnissen.

Spruchkammerverfahren gegen Hans Gollwitzer

Am 15.7.1948 stufte die Spruchkammer Dachau Gollwitzer als "Belasteten" ein, nachdem der Ankläger die Einstufung des Beschuldigten in die Gruppe der "Hauptschuldigen" während des Verfahrens hatte fallen lassen. Die Strafe setzte sich zusammen aus einem Jahr Arbeitslager, Einzug eines Vermögensanteils von 50 Mark, Verlust des Rechtsanspruchs auf Rente und Pension, Verlust des aktiven und passiven Wahlrechts, Verlust der freien Arbeitsausübung, Verbot der Mitgliedschaft in einer politischen Partei und Wohnungsaus und Aufenthaltsbeschränkungen.

Als Begründung gab die Spruchkammer an, dass der Beschuldigte durch seine Parteizugehörigkeit, seine Tätigkeit als Kreisorganisationsleiter 1935-1945 und seine Mitgliedschaft in verschiedenen NS-Organisationen dem "Nationalsozialismus gedient" und "die nationalsozialistische Ideologie bis zum Zusammenbruch" gefördert habe.

Seit Spätherbst 1948 versuchte Gollwitzer eine Milderung des Spruchkammerbescheids zu erwirken. Sein Gnadengesuch, eingereicht am 9.3.1949, hatte Strafmilderung zum Ziel, um so in den Genuss einer Rente bzw. Pension zu kommen. Dr. Ludwig Hagenauer, Staatsminister für politische Befreiung, lehnte das Gesuch am 1.4.1949 ab.

Am 12. November 1949 beantragte Gollwitzers Rechtsanwalt Otto Gritschneder die Aufhebung des Spruchs der Lagerspruchkammer Dachau beim Kassationshof im Bayerischen Staatsministerium für Sonderaufgaben mit der Begründung das Entlastungsmaterial von Lagerspruchkammer Dachau sei nicht ausreichend berücksichtigt worden. Der Kassationshof hob die Entscheidung der Lagerspruchkammer auf und ordnete ein Verfahren vor der Hauptkammer München an. Diese Kammer stufte Gollwitzer am 27.2.1950 in die Gruppe IV der "Mitläufer" ein. Die Strafe wurde reduziert auf einen einmaligen Sonderbeitrag in Höhe von 50 Mark und auf die Kosten des Verfahrens. Die Kammer berücksichtigte in ihrem Urteil, dass Gollwitzer Belege vorlegen konnte, die aufzeigten, dass er Gegnern des Nationalsozialismus, Juden und Ausländern geholfen, als Offizier russische Kriegsgefangene sehr gut behandelt, Denunziationen nicht weitergegeben und Gegner des Nationalsozialismus in Kenntnis dieses Umstandes in den Dienst der Stadt Mühldorf genommen hätte. Heute weiß man, dass viele Aussteller solcher "Persilscheine" selbst Anhänger des Systems waren und dass eidesstattliche Erklärungen auch ungeprüft durch das Gericht anerkannt wurden. So sind die von dem Gericht berücksichtigen Beweise kritisch zu bewerten.

Gollwitzer als Bürgermeister in der Nachkriegszeit

Auf Grund seiner politischen Vergangenheit, seiner Inhaftierung in Moosburg und seinem komplexen Entnazifizierungsverfahren schien Gollwitzer in der Nachkriegszeit für ein politisches Amt in Mühldorf nicht mehr geeignet. Trotzdem bewarb er sich 1952 erneut um das Amt des Ersten Bürgermeisters. Seine politischen Gegner von der CSU- Fraktion wollten die Kandidatur Gollwitzers verhindern. Sie verteilten unmittelbar vor der Bürgermeisterwahl einen belastenden Brief, den Gollwitzer im März 1937 an seinen Freund Kreisleiter Fritz Schwägerl geschrieben hatte. als dieser im Urlaub war. Im Brief schilderte Gollwitzer die Festnahme des Versicherungsvertreter Ehe, der an den Protesten bei der Abberufung der Klosterschwestern an der Mädchenschule beteiligt war. "...Diesen Gerüchtemacher erwischten wir auf frischer Tat, es war der Versicherungsvertreter Ehe, eine wie sich bei den nachträglichen Erhebungen herausstellte, ganz gefährliche Marke. Den liess ich durch das Bezirksamt in Schutzhaft nehmen. Der bleibt hinten, bis Du kommst, den überreichen wir Dir als Willkomm, wenn er nicht vorher schon nach Dachau wandert...." Ergänzt wurde der als Postwurfsendung an alle Mühldorfer Haushalte verteilte Brief mit dem Text "Können Sie es verantworten, einen solchen Mann zum Bürgermeister zu wählen?" Gollwitzer wehrte sich dagegen, indem er in seiner Wahlbroschüre darauf hinwies, dass er Mühldorf im Mai 1945 vor der sinnlosen Zerstörung durch die amerikanischen Truppen gerettet habe, er versprach ein gerechter, s<mark>ozialer und unabhängige</mark>r Bürgermeister und ein "Hüter der Demokratie" zu sein.

In der Stichwahl am 6.4.1952 wurde er von der Bevölkerung zum Bürgermeister gewählt und übte das Amt vom 1.5.1952 bis 30.4.1960 ehrenamtlich und von 1.5.1960-30.4.1966 hauptamtlich aus. Mit Beschluss des Stadtrats vom 14.1.1971 wurde ihm auf Antrag der UWG Fraktion zum zweiten Mal das Ehrenbürgerrecht verliehen. Begründet wurde die Ehrung damit, dass "Herr Gollwitzer ... 23 Jahre in äußerst qualifizierter Weise als Bürgermeister die Geschicke der Stadt Mühldorf a. Inn gelenkt" habe. "Neben seiner erfolgreichen Arbeit als Bürgermeister hat er sich besondere Verdienste durch die vorbildliche ehrenamtliche Betreuung des städt. Archivs und der städt. Bücherei erworben". Und in der Tat: In den Jahren 1953 bis 1955 wurde das Stadtarchiv unter Hans Gollwitzer vollkommen neu geordnet und aufgestellt. 1958 erschien ein gedrucktes Inventar der Mühldorfer Archivbestände in der Reihe der bayerischen Archivinventare. Das erste gedruckte Inventar eines Stadtarchivs in Oberbayern. Die Leistungen von Hans Gollwitzer für das städtische Archivwesen sind nicht hoch genug wertzuschätzen.

Unter seine kommunal, politischen Leistungen von 1952 bis 1966 fallen u.a. die Verstaatlichung und der Neubau der städtischen Oberrealschule, der Bau der Jugendherberge und der Berufsschule, der Neubau der Innbrücke, des Freibads, der Hauptschule, des Klärwerks und der Umgehungsstraße (Berliner Straße). Im Mai 1966 verlieh ihm der Stadtrat die Ehrenbezeichnung "Altbürgermeister". Am 24.3.1979 starb Hans Gollwitzer. In einem Nachruf versprach der damalige Bürgermeister Josef Federer, dass "die Bürger der Stadt ihm … ein ehrendes Gedenken bewahren" würden. Der Heimatbund Mühldorf stellte am 8.10.1981 den Antrag, die neueröffnete städtische Bücherei (im Kornkasten) mit dem zusätzlichen Namen "Hans Gollwitzer-Haus" zu bezeichnen. Diesen Antrag lehnte der Stadtrat ab mit der Begründung "jetzt und auch zukünftig keine Gebäude der Stadt nach vergänglichen Namen zu benennen." Die Ehrung des verstorbenen Altbürgermeisters und Ehrenbürgers durch eine "Ehrentafel" hingegen befürworteten die Mitglieder des Stadtrats ausdrücklich. In der Sitzung vom 2.11.1983 beschloss der Grund- und Bauausschuss "...dass im neuen Baugebiet An der Trostberger Straße' die zwei größeren Straßen die Namen "Josef-Klapfenberger-Straße" und "Hans-Gollwitzer-Straße" erhalten sollen.". Dieser Beschluss stieß jedoch auf heftige Gegenwehr der Partei der Grünen, die in einem Flugblatt die nationalsozialistische Vergangenheit von Gollwitzer öffentlich machten und den Stadtrat in einem Schreiben aufforderten von einer Straßenbenennung Abstand zu nehmen. Trotz einer emotional und öffentlich geführten Diskussion, beschlossen die Mitglieder des neugewählten Grund- und Bauausschusses einstimmig und mit breiter Unterstützung von CSU, SPD und Freien Wählern in der Sitzung vom 8.5.1984 an der "Hans-Gollwitzer-Straße" festzuhalten. Der Kreisvorsitzende der Grünen wandte sich deshalb mit einer Beschwerde an das Landratsamt Mühldorf als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit der Bitte den Beschluss des Grund- und Bauausschusses auf Rechtswidrigkeit bzw. Nichtigkeit zu überprüfen, da nach seiner Auffassung eine Hans-Gollwitzer-Straße der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widerspräche und eine Gestalt der NS-Zeit verherrlichen würde. Das Landratsamt verneinte diese Rechtsauffassung als "absurd und abwegig" und sah "keinerlei Veranlassung, die Beschlüsse der Stadt Mühldorf a. Inn zu kritisieren". Dieser Meinung schloss sich auch die Regierung von Oberbayern an und gab zusätzlich zu bedenken, dass die Straßenbenennung "mit dem Verhalten und dem Einsatz des Herrn Gollwitzer in der Zeit nach dem Kriege begründet werden kann" und dem "Spruchkammerverfahren eine gewisse abschließende Wirkung beigemessen werden" sollte.

Zusammenfassung

Vielfältige Belege zeigen es, dass Hans Gollwitzer während der NS-Zeit als Bürgermeister ein aktiver und überzeugter Nationalsozialist und ein bekennender Antisemit war. Durch sein Verwaltungshandeln schadete er Mitbürgerinnen und Mitbürgern und war für deren Diskriminierung und Verfolgung verantwortlich. Durch sein Mitwirken wurden ausländische Zivilarbeiter und Kriegsgefangene eingesperrt und in Einzelfällen zum Tode verurteilt. Er war damit nicht Trittbrettfahrer und Helfer, er war Täter. In seiner Klageerwiderung zum Spruchkammerverfahren gab Gollwitzer an, dass er Menschen "die in ein KZ kommen sollten" beschützt und vor der Haft bewahrt habe. Diese Aussage widerspricht vorliegenden Einträgen in seinen Tagesberichten als Bürgermeister. Im Gegenteil: durch die Duldung von Gewaltverbrechen hat Gollwitzer Schuld auf sich geladen. Diese Mitverantwortung verneinte er nach 1945 und setzte sich damit auch nicht auseinander. Vielmehr rechtfertigte er sich, dass er sich persönlich keiner Vergehen schuldig gemacht und nur nach geltendem Recht gehandelt habe. Er ignorierte, dass er einem verbrecherischen Unrechtsstaat gedient hatte, der gegen elementare Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit verstieß, so dass er als Bürgermeister nicht Recht, sondern Unrecht vollzogen hatte. Seine Absetzung und sein Spruchkammerverfahren betrachtete er als großes Unrecht und nahm für sich in Anspruch "ein Idealist gewesen zu sein, 'der sein Letztes gab' "-...-"jedoch nicht für die Partei als solche -diese bekam im Monat lediglich 1,80 RM-, sondern für das Wohl, das Leben und die Zukunft meines Volkes." In den Diskussionen über Verantwortung und Schuld in der deutschen Nachkriegszeit ist das Narrativ, des "Idealisten" mit guten Absichten, der mit den Verbrechen des Nationalsozialismus nicht in Verbindung gebracht werden kann, ein zentraler Topos. Die Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus wurden allein Hitler und der engeren NS-Führung zugeschrieben. Gleichzeitig blieb unberücksichtigt, dass es die als "Idealisten" bezeichneten Anhänger des Nationalsozialismus waren, die rassistische und menschenverachteten Taten ausgeführt haben.

Bestätigt in seiner Meinung, dass er in seiner "Amtstätigkeit korrekt und einwandfrei" gehandelt hatte, konnte sich Gollwitzer fühlen, weil er 1952, trotz seiner politischen Vergangenheit und der fehlenden Distanz zur Ideologie des Nationalsozialismus, von den Mühldorfer Bürgerinnen und Bürgern ein weiteres Mal zum Bürgermeister gewählt worden war.